Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Nr. 234/2026
Kiel, 16.09.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schulen vor Ort unterstützen!

„Ein Mobbingverbot ist schnell erlassen und eine Anlaufstelle schnell benannt - doch wer schaut in den Klassen genauer hin, wer koordiniert die Prävention und gegebenenfalls die Opferbetreuung? Ich höre aus den Schulen, dass man sich mehr Unterstützung wünscht. Ich denke, dass wir hier ansetzen sollten.“

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 19 - Schleswig-Holstein braucht eine wirksame Strategie gegen Mobbing an Schulen (Drs.20/4706)

Der vorliegende Antrag liest sich so, als ob hier eine Fraktion ein Thema entdeckt habe. Tatsache ist aber, dass Mobbing seit mehr als zehn Jahren systematisch erforscht und bekämpft wird. Die Zeiten, an denen das Thema ignoriert und kleingeredet wurde, gehören schon lange der Vergangenheit an. Viele Fachleute an den Schulen bilden zusammen mit der kommunalen Sozialarbeit, Eltern und Lehrkräften starke Bündnisse vor Ort. Schleswig-Holstein geht gegen Mobbing an Schulen vor, was sich auszahlt. Das Gewaltmonitoring zeigte zuletzt eine abnehmende Fallzahl.
Allerdings zeigen sich große regionale Unterschiede, was die Strategien gegen Mobbing angeht. Nicht in jeder Schule wird eine lebendiges Schulkultur gelebt. Einen von Respekt und Unterstützung geprägten Umganges miteinander, zu fördern, ist eine große Aufgabe. Grundlegend hierfür ist die Stärkung der personalen und sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Manche Aktion beschränkt sich meiner Beobachtung nach auf Einzelmaßnahmen, die nur unzureichend vernetzt sind. Gerade da, wo sich die Folgen von Mobbing lautlos abspielen, sehen

SSW IM LANDTAG

viele Schulleitungen gar keinen Anlass zum Handeln. Absentismus, die Zunahme psychischer Krankheiten und nicht zuletzt ein innerer Rückzug betroffener Schülerinnen und Schüler werden oftmals nicht in Zusammenhang mit Mobbing gebracht. Das gilt insbesondere dann, wenn das Mobbing in den sozialen Medien, beispielsweise in der Klassen-WhatsApp-Gruppe stattfindet.
Jede Schülerin und jeder Schüler hat ein Recht darauf, gesehen zu werden. Die entsprechenden Ressourcen dazu müssen den Schulen auch gegeben werden. Immer neue Forderungen an die Schulen zu stellen und ihnen immer neue Aufgaben zuweisen, ohne dass mit entsprechenden Mitteln zu unterfüttern, ist meiner Ansicht nach nicht der richtige Weg.
Vor Ort müssen die Schulen Strategien entwickeln und auch evaluieren können. Gerade bei Letzteren besteht die große Herausforderung. Ein Mobbingverbot ist schnell erlassen und eine Anlaufstelle schnell benannt - doch wer schaut in den Klassen genauer hin, wer koordiniert die Prävention und gegebenenfalls die Opferbetreuung? Ich höre aus den Schulen, dass man sich mehr Unterstützung wünscht. Ich denke, dass wir hier ansetzen sollten. Ob allerdings dezentrale Interventionsteams die geeignete Maßnahme sein können, die Schulen zu unterstützen, kann ich noch nicht einschätzen. In Niedersachsen geht man den Weg, in den Schulen selbst Mobbing-Interventions-Teams durch gezielte Fortbildung zu etablieren. Vielleicht sollten wir die dortigen Erfahrungen in den weiteren Prozess berücksichtigen.

Ich möchte zum Schluss noch etwas Grundsätzliches sagen. Die Analysen zum Aufschwung extremistischer Parteien sind sich einig, dass Schwarzmalerei, Katastrophenrhetorik und das Gerede von unhaltbaren Zuständen in Deutschland sehr viel damit zu tun haben, dass die Wählerinnen und Wählern extremen Positionen ihre Stimme geben. Verunsicherung, Existenzangst und ein tiefes Unbehagen führen dazu, dass die Demokratie abgeschrieben wird. Das Geschäftsmodell der Rechtsextremen besteht darin, den Teufel an die Wand zu malen. Das sollten die demokratischen Parteien keinesfalls kopieren. Da geraten wir nämlich in gefährliches Fahrwasser. Die Zustände genau beschreiben und Probleme offen benennen – das sollten wir tun. Im vorliegenden Fall erweckt der Antrag den Eindruck, als ob Mobbingopfer in den Schulen überhaupt nicht gesehen werden und eine entspreche Infrastruktur erst aufgebaut werden müsse. Als Fachpolitikerin begleitet mich das Thema schon sehr lange. Ich kenne viele gute Präventionsprojekte, wo Vieles gelingt. Die Bemühungen möchte ich dieser Stelle ausdrücklich würdigen, weil sie oftmals über Stundenpläne und Lehrverpflichtungen hinaus gehen.

SSW IM LANDTAG